



Reaktionen von SED-Mitgliedern zur Lage in der DDR

11. September 1989

Hinweise auf beachtenswerte Reaktionen von Mitgliedern und Funktionären der SED zu einigen aktuellen Aspekten der Lage in der DDR und zum innerparteilichen Leben [Bericht O/223a]

Quelle

BStU, MfS, ZAIG 4256, Bl. 13a–16.

Serie

Informationen.

Verteiler

Kein Nachweis für externe Verteilung (siehe Bemerkungen) – MfS: Mielke, Carlsohn.

Vermerk

Im Dokumentenkopf maschinenschriftlich und unterstrichen: »Streng geheim!« und »Nur zur persönlichen Kenntnisnahme!«.

Bemerkungen

Nummerierung durch Bearbeiter. Der vorliegende Bericht O/223 wurde in zwei Versionen verfasst, vgl. O/223a und O/223b. Die »Urfassung« (O/223a) erhielten Mielke und Carlsohn, die »veränderte Fassung« (O/223b) wurde extern und intern verteilt, vgl. Bericht O/223b.

Im Rahmen des Gesamtaufkommens an Informationen der Diensteinheiten des MfS Berlin und der Bezirksverwaltungen zur Reaktion der Bevölkerung auf wesentliche Aspekte der innenpolitischen Lage in der DDR, insbesondere im Zusammenhang mit der Problematik der ständigen Ausreise von Bürgern der DDR und dem ungesetzlichen Verlassen der DDR,¹ sind in wachsendem Maße auch Hinweise über beachtenswerte Meinungsäußerungen und Haltungen von Mitgliedern und Funktionären der SED zur Politik der Partei und zum innerparteilichen Leben enthalten.

Vorliegenden Informationen zufolge sind zahlreiche, vor allem langjährige Parteimitglieder von tiefer Sorge erfüllt über die gegenwärtige allgemeine Stimmungslage unter großen Teilen der Werktätigen, besonders in den Betrieben, teilweise verbunden mit ernststen Befürchtungen hinsichtlich der weiteren Erhaltung der politischen Stabilität in der DDR.

Sie begründen diese Haltung insbesondere mit solchen persönlich getroffenen Feststellungen im Arbeits-, Wohn- und Freizeitbereich wie

- der erheblichen Zunahme von durch Unwillen und Unzufriedenheit gekennzeichneten, in immer aggressiverem Ton geführten Diskussionen im Zusammenhang mit der Versorgungslage und der Lage im Dienstleistungsbereich, der Lohn-Preis-Politik, der materiell-technischen Sicherstellung der Produktion,
- zunehmenden Erscheinungen von Passivität und Gleichgültigkeit unter Werktätigen gegenüber dem politischen und gesellschaftlichen Leben in der DDR insgesamt und im Territorium,
- dem weiteren Rückgang von Arbeitsdisziplin und Leistungsbereitschaft,
- der erheblichen Zunahme von Erscheinungen des Spekulantentums und der Korruption.

Die Praxis zeige, dass auch zahlreiche Parteimitglieder mit derartigen Auffassungen und Verhaltensweisen in Erscheinung treten und sich damit kaum noch von Parteilosern unterscheiden.

In diesem Zusammenhang wiesen Mitglieder und Funktionäre der SED wiederholt darauf hin, dass Diskussionsinhalte von Werktätigen zu den vorgenannten Problemen in wachsendem Maße die Tendenz erkennen lassen, die Partei- und Staatsführung für die entstandene Lage verantwortlich zu machen, ihr, vor allem unter Hinweis auf die altersmäßige Zusammensetzung, die Fähigkeit abzusprechen, die vielfältigen Probleme zu lösen.

Unter Bezugnahme auf Feststellungen über die Stimmungslage unter den Werktätigen, auf den drastischen Anstieg der Ausreisebestrebungen bzw. die »Massenfluchten« von DDR-Bürgern in die BRD und nach Westberlin,² aber auch unter Hinweis auf die sich häufenden Austritte bzw. angekündigten Austrittserklärungen aus der SED,³ schlussfolgern SED-Mitglieder und andere progressive Kräfte, es zeichne sich ein wachsender Vertrauensschwund zwischen Volk und Partei ab.

Als Hauptgründe für Austritte aus der Partei (Hinweise über eine erhebliche Zunahme von Parteiaustritten, besonders aus dem Bereich der materiellen Produktion, liegen aus allen Bezirken der DDR und der Hauptstadt der DDR, Berlin, vor) würden insbesondere angegeben:

- Nichtverständnis mit der Um- und Durchsetzung der ökonomischen Politik der Partei (Hauptargument: Trotz vieler Beschlüsse ändere sich nichts an der komplizierten Lage in der Volkswirtschaft und auf dem Gebiet der Versorgung. Man habe keine überzeugenden Argumente gegenüber Parteilosen und könne deshalb die Parteilinie nicht mehr vertreten.);
- mangelndes Vertrauen in die Parteiführung (Hauptargument: Die Parteiführung wolle die Probleme nicht wahrhaben; sie habe sich von der Basis gelöst.);
- Ablehnung der Informationspolitik der Partei (Hauptargument: Die Partei überlasse es dem Gegner, sich mit unseren inneren Problemen zu befassen; die DDR-Massenmedien hielten an der Linie einer »Erfolgsberichterstattung« fest; die Einheit von Wort und Tat sei nicht mehr gewährleistet.).

Mitglieder und Funktionäre der SED, besonders aus APO und GO in Bereichen der Volkswirtschaft sowie an Universitäten und Hochschulen, üben zum Teil scharfe Kritik an der Arbeit übergeordneter Parteileitungen sowie am Inhalt und Verlauf von Mitgliederversammlungen. Diese würden häufig nur noch den Charakter von Pflichtveranstaltungen tragen.

Es werde an den Problemen vorbeigeredet. Auf konkrete Fragen gebe es keine Antwort bzw. kritische Diskussionen würden mit dem Hinweis auf die Parteidisziplin »abgewürgt«. Wer auf Parteiversammlungen die vorhandenen Probleme anspreche und klare Antworten verlange, werde sehr schnell als Nörgler abgestempelt. Hauptamtliche Parteifunktionäre wirkten in ihrer Argumentation »hilflos«; teilweise weichen sie unbequemen Fragen aus. Auf den Parteiveranstaltungen werde das Vermitteln von überzeugenden Argumenten und Hintergrundinformationen vermisst. Es gebe erhebliche Informationsdefizite in der Partei. Dies sei der Grund dafür, dass viele Parteimitglieder resignierten, da sie sich mit ihren Problemen allein gelassen fühlten.

Hochschullehrer (SED-Mitglieder) erklärten, mit wachsendem Unbehagen in Vorlesungen und Seminare zu gehen, da Studenten immer häufiger politisch sensible Themenbereiche ansprechen und dazu Fragen stellen, auf die sie keine überzeugenden Antworten geben könnten, ohne Grundpositionen der Partei infrage zu stellen.

Zunehmend offener äußern Mitglieder und Funktionäre der SED Unwillen und Enttäuschung über die Informationspolitik. Ihre zu dieser Thematik geäußerten Standpunkte unterscheiden sich dabei jedoch wesentlich von Meinungsäußerungen zahlreicher Parteiloser, die die gegenwärtig betriebene Informationspolitik grundsätzlich infrage stellen, sie der Lächerlichkeit preisgeben.

Sie sind von der Sorge getragen, dass die derzeitige Informationspolitik, speziell die Medienpolitik, nicht mehr den neuen Anforderungen an die politisch-ideologische Arbeit entspricht und nur noch geringe Wirkung erzielt.

Vorliegenden Informationen zufolge zeigen sich viele Parteimitglieder u. a. progressive Kräfte verbittert darüber, dass die Medien der DDR gegenüber dem Klassengegner eine defensive Haltung einnehmen, auf Vorgänge und Vorkommnisse nicht aktuell und offensiv reagieren. Daraus resultiere – so z. B. im Falle der »Botschaftsbesetzungen« und der organisierten »Massenflucht« von DDR-Bürgern aus der UVR nach Österreich⁴ wie überhaupt bei der Problematik Antragsteller auf ständige Ausreise –, dass sich die überwiegende Mehrheit der DDR-Bevölkerung nahezu ausschließlich an entsprechenden Sendungen westlicher Medien orientiere. Die politische Meinungsbildung der DDR-Bürger werde damit in erheblichem Maße von westlichen elektronischen Medien bestimmt.

Darüber hinaus mangle es den DDR-Massenmedien an Objektivität bei der Darstellung innenpolitischer Probleme. Es werde das Bild einer »heilen Welt« des Sozialismus in der DDR vermittelt, das teilweise in krassem Widerspruch zur Wirklichkeit stehe.

Die fehlende Offenheit hemme in entscheidendem Maße die Bereitschaft der Werktätigen, aktiver mitzuwirken bei der Überwindung vorhandener komplizierter Probleme im Innern der DDR. Journalistisch tätige Personen vertreten die Auffassung, wenn die Diskussion zu erarbeiteten politischen und wirtschaftlichen Konzepten und Lösungsvarianten nicht wie bisher nur intern, sondern auch öffentlich – unter Einbeziehung der Medien – erfolgte, würde dies nicht nur zu einem Vertrauensgewinn der Partei, sondern auch zu echter schöpferischer Mitarbeit der Werktätigen führen und die Stimmungslage der Werktätigen positiv beeinflussen. Man könne nicht auf das Bewusstsein der Menschen einwirken und etwas in Bewegung setzen wollen, indem man nur den Begriff sozialistische Demokratie häufiger verwende. Besonders beachtenswert erscheinen vorliegende interne Hinweise, wonach journalistisch tätige Personen ihre Verbitterung über fortgesetzte administrative Entscheidungen der Abteilung Agitation/Propaganda des ZK der SED bezüglich der Qualität, der Eignung und der Nutzung von zur Veröffentlichung vorgeschlagenen Artikeln zum Ausdruck bringen. Dies erzeuge bei ihnen zunehmend das Gefühl, dass den Journalisten ihr Urteilsvermögen abgesprochen werde.

1

In der DDR wurde das Recht auf freie Wohnortwahl restriktiv gehandhabt. Trotz Verpflichtung auf die Anerkennung der Grundfreiheiten im Rahmen der KSZE und der UNO-Mitgliedschaft hatte die DDR bis 1988 keine rechtliche Grundlage für eine ständige Ausreise geschaffen. Anträge galten daher mit Ausnahme von »Familienzusammenführungen« oder aus anderen »humanitären Gründen« als »rechtswidrige Ersuchen«. Dennoch nahm die Zahl der Antragsteller stetig zu, im Sommer 1989 waren es über 160 000. Die Regierung ging teilweise mit repressiven Maßnahmen gegen die Antragsteller vor. Als Folge begannen sich in den 1980er Jahren Antragsteller unter dem Dach der Kirche zu organisieren. Mit öffentlichen Protesten und Besetzungen von Kirchen und Botschaften versuchten sie, eine beschleunigte Bearbeitung ihrer Anträge zu erreichen. Nach dem Abbau von Sicherungsanlagen an der Grenze zu Österreich entwickelte sich besonders Ungarn zum Zentrum

der DDR-Fluchtbewegung. In Budapest und in den Städten rund um den Balaton mussten Flüchtlingslager für mehrere Tausend DDR-Flüchtlinge eingerichtet werden.

2

Gemeint sind hier vermutlich die Massenfluchten über die ungarisch-österreichische Grenze im August und insbesondere September 1989.

3

1987 zählte die SED mit 2 328 331 Mitgliedern den Höchststand ihrer Geschichte. In der ersten Hälfte des Jahres 1989 gaben einige Tausend Mitglieder ihr Parteibuch zurück, andere wurden im Rahmen einer Kampagne gegen »Nörgler und Meckerer« ausgeschlossen. Ab Sommer setzte ein spürbarer Mitgliederschwund ein, allein zwischen August und Oktober traten 100 000 Genossen aus der Partei aus. Im Oktober/November folgte eine Austrittswelle in der Größe von 220 000 Genossen und ab Mitte November setzte ein Massenaustritt ein: Bis Anfang Dezember hatten 600 000 Genossen die SED verlassen und schließlich bis Ende Januar 1990 genau 907 480. Vgl. Malycha, Andreas; Winter, Peter Jochen: Geschichte der SED. Von der Gründung bis zur Linkspartei. Bonn 2009, S. 415 f.

4

Die Botschaften der Bundesrepublik in Prag, Warschau und anderen osteuropäischen Hauptstädten waren im Sommer 1989 zentrale Zufluchtsorte von DDR-Bürgern. In Prag nahm die Anzahl von Flüchtlingen auf dem Botschaftsgelände seit August beständig zu, Anfang September waren es über 4 000 Personen. Gleichzeitig kam es zu Massenfluchten über die ungarisch-österreichische Grenze, etwa während eines sogenannten »paneuropäischen Picknicks« am 19.8.1989, bei dem 600 DDR-Bürger die kurzzeitige Öffnung des Grenzzauns für eine Ausreise nach Österreich nutzten. Drei Tage später kam es in der gleichen Region zu einem Grenzdurchbruch von weiteren 240 Personen.